

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich eine Mark.

XXXIV.

Leipzig, Dienstag den 28. April 1896.

№ 48.

Für den Monat Mai

nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements auf den Corr. zum Preise von 34 Pf. entgegen. Unsere Leser und Freunde wollen die Nichtabonnenten auf vorstehendes aufmerksam machen.

Schleunige Schritte.

Der mehrfach vorhandene Unmut über den nicht vollen Erfolg der Tarifverhandlungen wird verstreicht und die Kollegenchaft wird einmütig zu der Ueberzeugung zurückgeführt, daß eben schließlich „kein Mann einen Groschen“ selbst der unzulänglichen Bewilligungen empfinde, wenn sie den Standpunkt erwählen wollte, „keinen Mann und keinen Groschen“ für den Tarif zu opfern, d. h. kein Glied für die Einhaltung desselben zu krümmen. Auch diese Ausbrüche schlechter Laune werden wieder verfliegen vor der sich aufdrängenden Einsicht, daß man wohl oder übel Hand anlegen müsse, um die Verhältnisse auch nur schrittweise zu bessern. Ist es nun richtig, daß man über kurz oder lang zu diesem Ergebnisse der Ueberlegung kommen wird, so schwindet auch jeder Zweifel, daß man am richtigsten die Aufgabe in der Weise anpackt, wie sie am leichtesten zu erledigen ist.

Schon in der vorigen Nummer wiesen wir darauf hin, daß es in der diesmaligen Tarifperiode unsere vornehmste Thätigkeit sein wird, zu beobachten, ob die Prinzipalität wirklich bemüht sein will, den Tarif ein- und durchzuführen. Daraus resultiert zugleich, daß wir unsererseits nicht etwa an außergewöhnliche pekuniäre und Existenzopfer der Gehilfen denken, sondern die Gehilfen sind vielmehr in der vorteilhaftesten Lage, auf die Herren Prinzipale bloß ermunternd einwirken zu brauchen und ihnen beifällig zu sein bei Unternehmungen, die der Verallgemeinerung des Tarifs die Wege ebnen. Eine erste und Hauptprobe, ob die Prinzipalität jetzt faktisch aufgelegt ist, das von ihren Vertretern beteuerte Versprechen möglichst einzulösen, bietet die Einführung des Tarifs mit Anfang Mai.

Für die Prinzipale einer Anzahl von Großstädten ist durch den Mund der aus ihrer Mitte entsandten Vertreter die Annahme des Tarifs zu diesem Termin in an Gewißheit grenzende Aussicht gestellt. Hundertundzwanzig, das sind wohl alle nennenswerten Berliner Firmen sind inzwischen dahin übereingekommen und die Innung der Leipziger Buchdruckerbesitzer faßt am 30. April ohne Zweifel diesbezüglichen Beschluß. Von Stuttgart verlautet, daß auch die Maschinenmeister die regelmäßig abgefürzte Arbeitszeit zugestanden erhalten dürften. Einzelne Firmen in der Provinz, wie Monse in Waagen und Kirchner in Erfurt haben sofort nach Schluß der Leipziger Sitzungen deren Beschlüsse in ihren Betrieben zur Einführung gebracht. Alles das sind Fingerzeige, denen zufolge an die Gehilfen die Anforderung herantritt, Gehurtschulferdienste bei der Neugestaltung zu vollziehen und die Herren Prinzipale auf ihre Gesinnung für die in Leipzig verkündeten Harmonieideen zu prüfen.

Es wären also schleunige Schritte einzuleiten, damit sowohl bis in die kleinste Offizin hinein in

den benannten Großstädten die freundliche Aussicht der sofortigen Einführung zur Wahrheit wird, wie auch daß die beschlossenen Verbesserungen ebenfalls in allen übrigen Druckstädten des Vaterlandes am gleichen Zeitpunkte zur Geltung gelangen. Entweder hätten die Geschäftsvorstände sogleich die Korporationen der Herren Prinzipale ihrer Orte um die Annahme der Beschlüsse zu ersuchen oder die einzelnen Personale legten ihren Chefs das Ersuchen vor. So haben beispielsweise schon die Mainzer Kollegen eine Tariff Kommission niedergesetzt, die mit der Prinzipalität in dieser Beziehung unterhandelt. Jedenfalls sollte kein Ort zurückbleiben, das von den Prinzipalchaften der Großstädte angebotene Entgegenkommen den eignen Prinzipalen als nachahmenswertes Beispiel in Erinnerung zu bringen.

Die Annahme des neuen Tarifs erfolgt unzweifelhaft leichter unter den frischen Eindrücken der Leipziger Verhandlungen als später, wenn über dieselben bereits einiges Gras gewachsen ist. Das betreffende Vorgehen zur Erlangung der neuen Bedingungen ab Anfang Mai kann und braucht wie gesagt nur ein anregendes sein. Thatsächlich haben sich die Prinzipale verpflichtet, ihre Kollegen zur Annahme des Tarifs zu veranlassen, sowohl teilweise für die Provinzialstädte auch ab Anfang Mai, wie besonders nach der definitiven Festsetzung des Gültigkeitstermins. Daß der letztere infolge äußerer Hindernisse mehrere Wochen später eintritt, verbietet um so weniger die frühere Einführung des Tarifs, als dessen Bestätigung durch die Generalversammlung des D. B. V., wie der Vorgang der Großstädte auffällig darthut, eine nackte Vereinsformalität ist. Wir wollen die Herren Prinzipalsobmänner von ihren übernommenen Verpflichtungen, für die Einführung zu sorgen, also keineswegs entbinden, ihnen auch nicht vorgreifen, was wir ihnen in dessen an Mäßen durch die einfache Weiterverbreitung des erwarteten Vorbildes der Großstädte abnehmen können, das darf bedenlos geschehen.

Darum raten wir: heran auf der ganzen Linie, damit die Vereinbarungen vom 17. April allen deutschen Buchdruckern am 1. Mai erblühen!

Ursache und Verlauf des Tuchmacherstreiks in Kottbus.

Eine Resapitulation des denkwürdigen Kampfes der 6000 unorganisierten Arbeiter von Kottbus ist für die ökonomische Bewegung historisch wichtig.

Der Streik der Textilarbeiter in Kottbus hatte seinen Ursprung in der am 10. Februar in der Tuchfabrik von Graf & Hirschmann erfolgten Arbeitsniederlegung von zwanzig Tuchwebern. Die Weber, die am Abend mit ihrer Kette zu Ende kamen, mußten in nächster Nacht, oder wenn ein Sonnabend vorausging, am Sonntage die neue Kette anknüpfen, um anderen Tages, wahrscheinlich zur gründlichen Ausnutzung der Betriebskraft, sofort weiter weben zu können. Dies war der Anlaß für die Arbeitsniederlegung der zwanzig Mann. Am 15. Februar legten sämtliche Weber von Gustav Krüger die Arbeit nieder, weil sie 2 bis 3 Pf. pro Tausend Schuh weniger Lohn erhielten als die Arbeiter der besseren Fabriken. Am 17. Februar legten hundert Arbeiter der Garnfärberei von Weisker die Arbeit nieder, weil ihnen die Aufbesserung der sehr tief stehenden Stundenlöhne versagt wurde. Aus ähnlichem Anlasse traten die Arbeiter noch einiger

kleinerer Betriebe in den Ausstand ein, und dann kam die Katastrophe. Der Fabrikantentag kündigte der kleinen Arbeitsniederlegungen wegen allen Arbeitern und Arbeiterinnen zum 7. März, dem Tage des Ablaufes der gesetzlich vorgesehenen Kündigungsfrist. Diese Maßregel wurde von den Arbeitern und Arbeiterinnen als eine Kriegserklärung aufgefaßt, und so nahmen sie den angebotenen Kampf auch selbst sofort auf, sie warteten die vierzehntägige Kündigungsfrist nicht erst ab, sondern legten die Arbeit sofort nieder. Sie hielten sich hierzu für berechtigt, weil sie in der Kündigung ein ihnen zugefügtes großes Unrecht sahen, denn sie hatten keinerlei Forderungen an die Arbeitgeber gestellt und sollten nun — sechsstaufend an der Zahl — entlassen werden, weil einige hundert Arbeiter sich dieselben Arbeitsbedingungen erkämpfen wollten, die in den besseren Betrieben bereits bestanden. So erklärt sich der Streik.

Die beiden Bürgermeister von Kottbus lehnten den ihnen von den Arbeitern unterbreiteten Wunsch auf Einberufung des Gemeinderichts als Einigungsamt ab. Auch alle weiteren Bemühungen, den Frieden wieder herzustellen, scheiterten an der Weigerung des Unternehmertums, mit den „Kontraktbrüchigen“ zu unterhandeln; es glaubte, dieselben würde der Hunger ohnedies bald zu Paaren in die Fabriken treiben. Die Arbeiter sollten vorerst die Arbeit wieder aufnehmen, dann würde man mit ihnen verhandeln. Die Arbeiter hätten sich dieser Bedingung gewiß unterworfen, da aber nur drei Viertel der Ausstehenden wieder zur Arbeit zurückkehren sollten, unter denen die Arbeitgeber eine Auslese halten wollten, verkarrten sie erbittert im Streik.

Durch Herbeiführung von dreißig Gendarmen, welche mit geladenen Gewehren und Revolvern bewaffnet die Straßen durchschleuderten, durch die Ausweisung und Verhaftung von Streikenden und die harten Urteile auf Grund des § 153 wurde viel Aufregung unter die Ausstehenden gebracht, aber die Arbeiter haben durch ihr geordnetes und ruhiges Verhalten sich selbst und der deutschen Arbeiterschaft überhaupt ein rühmliches Zeugnis ausgestellt.

Die kraftvolle Durchführung des Streiks scheiterte an dem Mangel an Mitteln auf Seiten der Arbeiter. Wenn die Ausständigen auch nur 6 Mk. pro Woche hätten bekommen sollen, dann wären wöchentlich 30000 Mk. erforderlich, welche Summe während der achtwöchigen Dauer des Streiks auf eine Viertel Million Mark angewachsen wäre. Hier zeigte sich wieder, wie kläglich der Arbeiter das fehlt, der seine gutumrissene Organisation entbehrt, wie haltlos die Phrase ist, daß man das Kapital mit der Begeisterung besiegen müsse. Die prosaische Haltung der Unternehmer entsprang dem Bewußtsein der Mittellosigkeit ihrer Arbeiter und auch wenige Arbeiter mögen die Hoffnung gehabt haben, daß die Kühnen Arbeitshüter in Kottbus auch nur über eine sogenannte Grenzfürst würden Stand halten können. Gleichwohl brachten die Tucharbeiter wie man hört 200000 Mk. herein, während, wie obige Rechnung ergibt, mehr als die doppelte Summe zu der geringen regelmäßigen Unterstützung von 6 Mk. erforderlich gewesen wäre; allerdings mußte auch zu Gunsten der Kottbuser der aussichtsvolle Streik in Mülhausen eingestellt werden.

Schon Ende März sollte der mangelnden Mittel wegen der Streik zu Ende geführt werden. Eine gemeinschaftliche Verhandlung von Vertretern beider Kampfparteien erreichte aber für die Arbeiter nur, daß ein Teil von ihnen die Arbeit wieder aufnehmen könnte. Die Arbeitgeber hielten sich die Auswahl vor, etwa 50 Arbeiter sollten aus ihren bisherigen Arbeitsstellen dauernd entfernt werden, die noch nicht zur Einstellung kommen sollten bei Bedarf den fremden Arbeitern vorgezogen werden. Die Arbeiter lehnten in geheimer Abstimmung mit 2750 gegen 126 Stimmen diesen Frieden ab.

Nach wiederholten Friedensversuchen von Bürgern und zuletzt des Chefs der Abteilung für die Arbeiterberufsvereine im Berliner Polizeipräsidium, Herrn v. Raumer, gaben die Fabrikanten Mitte April folgende Erklärung ab:

„Die eifühnliche Arbeitszeit wird von den Mitgliedern der Fabrikanten-Bereinigung, soweit dies früher nicht der Fall war, eingeführt und soll nur in den dringenden

fällen periodisch überschritten werden. Die 1 1/2 stündige Mittagspause ist ebenfalls in den Fabriken, wo dieselbe noch nicht bestanden, eingeführt. Bei Neuöffnung der Betriebe in sämtlichen unserer Vereinigung angehörigen Betrieben werden wir die vor dem Streik gezahlten Löhne nicht heruntersetzen. Bei der Zusammenstellung der Lohnsätze der hiesigen Fabriken hat sich gezeigt, daß die Stundenarbeiter in einzelnen Fabriken etwas niedriger gelohnt werden, als in der Mehrzahl der hiesigen Fabriken. Die Fabrikanten, bei denen sich das Letztere herausgestellt hat, sind gewillt, ihren Stundenarbeitern eine entsprechende Lohnaufbesserung zukommen zu lassen, wenn dieselben einige Wochen gearbeitet haben werden. Es ist nicht zu umgehen, daß eine Anzahl der früheren Arbeiter in den einzelnen Fabriken von der Wiederaufnahme ausgeschlossen bleibt, jedoch soll eine sogenannte „schwarze Liste“ nicht verbreitet werden, falls die Arbeit in der nächsten Zeit wieder aufgenommen wird. So lange sich hierorts ein Mangel an Arbeitskräften nicht fühlbar macht, werden wir auswärtige Arbeiter nicht heranziehen.“

Am 17. April erfolgte die Abstimmung hierüber. 1711 stimmten mit ja, d. h. für Annahme obiger Bedingungen, und 984 mit nein. So trat das Ende des Streiks ein.

Korrespondenzen.

B. Berlin. In der am 23. April in Kellers Festhallen tagenden allgemeinen Versammlung erstattete der Gehilfenvertreter, Kollege Wisede, Bericht über die Tarifverhandlungen. Aus den Verhandlungen konnten die Kollegen erkennen, daß die Gehilfenvertreter ihre ganze Kraft eingesetzt haben, um etwas Ersprießliches für die deutschen Buchdrucker herauszuschlagen. Friedensliebe lag sowohl auf seiten der Prinzipale wie Gehilfen vor und man war auf beiden Seiten bestrebt, Vereinbarungen zu treffen, die zum Wohle des Gewerbes notwendig sind. Wenn die Erwartungen der Gehilfen nicht voll und ganz erfüllt wurden, so seien doch gesündere Tarifverhältnisse geschaffen worden. Die Prinzipale hätten sich bereit erklärt, für die Durchführung des neugeschaffenen Tarifes einzutreten. Außerdem habe man sich über die Organisation der Gehilfen in anerkannter Weise ausgesprochen. Redner ersucht um Annahme der von den Gewerkschaften aufgestellten Resolution. In der Diskussion wendete sich Kollege Michaels in schroffer Weise gegen das Verhalten der Prinzipalsvertreter und meinte, daß sich die Gehilfenvertreter von den Herren „hinteres Licht“ hätten führen lassen. Auch die Buchdrucker würden endlich begreifen lernen, was sie von den Versprechungen der Prinzipale zu halten hätten. Er ersuchte um Annahme einer von ihm eingereichten Resolution, in welcher ganz entschieden gegen das Verhalten des Tarifauschusses der Prinzipale protestiert wurde und man sich einstweilen mit der Einführung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit einschließlich Pausen für Seper- und Druckerpersonale einverstanden erklärt. Die Resolution verlangte jedoch definitive Ablehnung einer Tarifgemeinschaft auf dieser Basis, da man nicht gewillt sei, einen Mann und einen Groschen dafür zu opfern. Kollege Wolff (Maschinenmeister) meinte, daß durch die Verkauflerung betreffs der Arbeitszeit der Drucker ein Schachzug gemacht worden sei; die ganzen Bestimmungen hätten nur den Zweck, Zwistigkeiten zwischen Sepern und Druckern hervorgerufen. Er müsse es tadeln, daß die Gehilfenvertreter darauf eingegangen sind, denn auch nicht ein Arbeitslofer werde infolge dieser Verkauflerung untergebracht. Kollege Lütbede meinte, daß das Resultat der Verhandlungen eine naturgemäße Konsequenz der Wahl von Gehilfenvertretern zur Tarifberatung sei. Genau so wie wir unsere Vertreter beauftragt haben, für den Neunstundentag einzutreten, erhielten die Prinzipalsvertreter Auftrag, unter Umständen nichts zu bewilligen. Er appelliere an die anwesenden Betriebsmitglieder, sich den Anordnungen der Gehilfenleiter zu fügen und für die in Leipzig beschlossene Resolution zu stimmen. Döblin begrüßte die Gesühle der Kollegen vollständig, denn man habe sich ein Ziel gesetzt, welches nicht vollständig erreicht wurde. Redner ging auf das Hauptziel der ganzen Bewegung nochmals näher ein und betonte, daß die Gehilfenleitung bestrebt war, eine Tarifrevision in die Wege zu leiten, was auch gelungen wäre. Er gab den Anwesenden zu bedenken, daß wir nicht nur mit den Berliner Verhältnissen zu rechnen hätten, sondern es müsse eine so große Organisation mit den Verhältnissen in ganz Deutschland rechnen. Sind Sie, meine Herren, mit dem Resultate nicht zufrieden, so wählen Sie sich in Zukunft radikalere Vertreter, aber geben Sie sich nicht der Hoffnung hin, daß dieselben etwas anderes mitbringen. Wenn hier zu gegen eine Tarifvereinbarung mit den Prinzipalen gesprochen würde, so verweise er auf die letzten Arbeiterbewegungen. In den meisten Fällen suche man das Einigungsamt auf. Den Holzarbeitern, welche ebenfalls das Einigungsamt anriefen, wurde die verlangte neunstündige Arbeitszeit von demselben nicht zugesprochen, das Einigungsamt, wo auch Arbeiter sitzen, darin eine Schädigung für das Gewerbe erblickt. Auf's Schärfste verurteilt Redner das Verhalten des Vorwärts in der letzten Zeit gegenüber der Bewegung. Betreffs der Angelegenheiten der Buchdrucker erlaube sich der Vorwärts Bemerkungen, wie die in Nr. 92 und 93 enthaltenen, die geeignet scheinen, das Feuer zu schüren und die Kollegenschaft zu entzweiten; bei Bewegungen anderer Arbeiter vermissen man derartige Bemerkungen. Er ver-

wahre sich entschieden dagegen und spreche dem Vorwärts die Berechtigung ab, sich derartig in die Angelegenheiten der Buchdrucker zu mischen. Wie inkonsequent der Vorwärts in seiner Stellungnahme sei, das beweisen die jetzigen Ausführungen gegenüber denjenigen aus dem Jahr 1891. Damals schrieb derselbe: „An der diesmaligen Lohnbewegung der Buchdrucker interessiert uns vor allem die Forderung des Neunstundentages. Wir nehmen an, daß es der Mehrzahl der Buchdruckergehilfen mit dieser Forderung ernst ist. Wenn das aber der Fall, so werden sie auch wissen, daß die Möglichkeit der Durchführung einer beträchtlichen Lohnhöhung zu gleicher Zeit mit der Einführung des Neunstundentages ausgeschlossen ist und daß sie betrefss des Neunstundentages hinsichtlich des Maschinenpersonales wahrscheinlich den einzelnen Prinzipalen doch Konzessionen machen müssen, wenn der Widerstand der Prinzipale, auch derjenigen, welche als anfängliche Menschen bezeichnet werden können, nicht ein so einmütiger werden soll, daß ihm gegenüber der gewiß gute Zusammenhalt der Buchdruckergehilfen nicht den Füzern zeben müßte. Wir würden der Gehilfenerschaft und zwar gerade für den Fall, wenn die Tarifgemeinschaft in die Brüche gehen sollte, folgende Normierung ihrer Forderungen empfehlen: Neun Stunden Arbeitszeit vom 1. Januar an für das Seperpersonal, wenn es der betreffende Prinzipal wünscht; unter Einführung kontinuierlicher, sogenannter englischer Arbeitszeit; 5 bis 10 Proz. Erhöhung des Tausendpreises für den Alford (Berechnen), Befreiung des Gewählgeldes auf seiner jetzt gezahlten Höhe; Festsetzung einer Frist, binnen welcher der Neunstundentag bei dem Maschinenpersonale einzuführen ist.“ Jetzt seien die Ratsschläge des Vorw. doch übertroffen. Redner hielt die Arbeitszeit der Drucker mit der der Seper für gleich. Die Lage der Maschinenmeister sei dadurch immerhin verbessert worden. Er erinnere daran, daß die Zeitungsetzer mit demselben Rechte wie die Maschinenmeister unzufrieden sein könnten, denn dieselben müssen auch durch Blaumachen die Arbeitszeit ausgleichen. Einen großen Teil der Ausführungen des Kollegen Michaels habe er bereits im Typ. gelesen. Redner ersuchte, daran festzuhalten, immer allgemein vorzugehen, damit auch gutes geschäffen werde. Infolge dieser Bewegung wehe eine freiere Luft. Die Kollegen haben nicht mehr notwendig, ihre Verbandszugehörigkeit zu verleugnen. Es seien dieses alles Erfolge, welche wohl Beachtung verdienen. Er sei den Vertretern großen Dank für die Mühen schuldig und könne die Errungenschaften nur als großen Schritt nach vorwärts betrachten. (Lebhafter Beifall.) Salomon wollte es vorausgesagt haben, wie es kommen werde. Die Stellungnahme der Gehilfenvertreter an den ersten beiden Verhandlungstagen hätte ihn befriedigt. Jedoch am letzten Tage wären dieselben zu weit nach rückwärts gegangen. Wer da glaube, von den Prinzipalen etwas gütwillig zu erhalten, der gehe fehl. Für diesen Tarif wünsche er keinen Groschen zu opfern. Man dürfe sich nicht länger als ein Jahr binden. Bei wiederkehrender günstiger Konjunktur müsse die Gelegenheit besser ausgenutzt werden, auch sollte man dann Vertreter wählen, die energisch verlangen. Wisede wendete sich hauptsächlich gegen die Ausführungen Salomons und betonte, daß sowohl er wie sämtliche Gehilfenvertreter ihre Pflicht und Schuldigkeit voll und ganz erfüllt hätten. Seine Buchdruckerlaufbahn und Thätigkeit in der Organisation müsse den Kollegen Gewähr sein, daß er stets bestrebt sein werde, für die Gesamtheit etwas Ersprießliches zu schaffen. Bartel war vollständig befriedigt von dem Resultate, wünschte jedoch, daß diese Arbeitszeit auch in den Zeitungsdrukereien eingeführt werde. Rade meinte, daß durch diese minimalen Zugeständnisse auch nicht ein Arbeitslofer untergebracht werde. Rassin führte aus, es war vorauszusetzen, daß das Ergebnis der Verhandlungen die Kollegen nicht vollständig befriedigen werde. Man solle jedoch nicht glauben, daß man die aufgestellten Forderungen auch ohne weiteres so bewilligt erhielte. Auch begreife er vollständig das Streifieber unter einem Teile der Kollegen. Es habe sich dieses hauptsächlich bei den in den letzten Jahren herangebildeten jungen Kollegen, welche doch gern beweisen wollten, daß sie am Platze seien, wenn es gälte für das Wohl und Wehe der Kollegen einzutreten. Wer aber hier erzählen wolle, daß man mit der Prinzipalität nicht vereinbaren solle, der erzähle den Kollegen die Unwahrheit oder stelle die Tatsachen auf den Kopf. Wir leben noch in der bürgerlichen Gesellschaft und müssen insolge dessen mit derselben patieren. Die Kollegen sind gerufen worden und auch erschienen. Infolge des Erscheinens sind Erfolge zu verzeichnen, um die uns Tausende anderer Arbeiter beneiden. Die Maschinenmeister müßte er doch aufmerksam machen, daß die Arbeitszeit für Seper wie Drucker gleichmäßig festgesetzt ist. Sind da Verkauflerungen vorgesehen, so trügen daran hauptsächlich unsere Schwäger und Schwägerinnen, welche uns wie Blei gewichte an den Füßen hängen, die Schuld. Hielten dieselben gleichen Schritt mit den Buchdruckern und schritten sie ebenfalls eigenmächtig vorwärts, so wären die Buchdrucker auch weiter. Man kam zur Abstimmung der eingelaufenen Resolutionen. Die Resolution Michaels wurde mit großer Mehrheit abgelehnt, während die Resolution der Gehilfenleitung und die folgende von den Maschinenmeistern gestellte Resolution mit großer Mehrheit angenommen wurden: „Die heute in Kellers Festhallen tagende Versammlung drückt ihr Mißfallen über die Beschlüsse der Leipziger Verhandlungen aus, insofern die Arbeits-

verkürzung nicht eine einheitliche sein soll und die Bestimmungen für die Maschinenmeister in der gegebenen Verkauflerung auch nicht entfernt den Ansichten der Maschinenmeister entsprechen, sondern geeignet erscheinen, Zwistigkeiten zwischen Maschinenmeistern, Prinzipal, Seper und Hilfspersonal hervorzuufen und den Druckern die bewilligte Arbeitsverkürzung zu schmälern. Die Versammlung protestiert daher ganz entschieden gegen diese Beschlüsse.“

Bielefeld. In einer gut besuchten allgemeinen Versammlung erstattete am Dienstagabend der Gehilfenvertreter Kollege Bettenworth eingehenden Bericht über die Leipziger Tarifverhandlungen. In der Diskussion kam vornehmlich der Unmut der Maschinenmeister über die ihnen zu teil gewordene Stellung — als „Kollegen zweiter Klasse“ —, in Folge welcher eine Spaltung von Sepern und Druckern befürchtet wurde, in harten Worten zum Ausdruck. Der anwesende Vorsitzende des Gewerkschaftsrates meinte, es wäre besser gewesen, die Vertreter wären mit leeren Händen nach Hause gekommen, denn diese Errungenschaften hätten nur einen ideellen Wert. (Es darf wohl angenommen werden, daß der betr. Herr Buchdrucker ist? Red.) Das wurde jedoch vom Referenten bestritten: die Paketseper könnten auch nur eine halbe Stunde nicht einholen, denn sie strengten heute bereits ihre vollen Kräfte an. — Der Gedanke will hier nicht weichen, daß es ein nicht leicht wieder gut zu machender Fehler gewesen ist, die begeisterte Stimmung und die äußerst günstige Zeit im März nicht ausgenutzt zu haben. Es ist, trotzdem die Zugeständnisse nur minimal sind, hier jetzt wenig Aussicht auf allgemeine Einführung des Tarifs vorhanden. Die Versammlung wurde, nachdem über die von den Gehilfenvertretern vorgelegene Resolution abgestimmt worden war — es beteiligte sich nur ein Teil der Kollegen an der Abstimmung — mit einem begeisterten Hoch auf die Fortdauer der alten, bewährten Solidarität von Sepern und Druckern geschlossen. Nach Schluß meldeten sich vier Kollegen zur Aufnahme in den Verband.

Dessau. 23. April. Die am Sonntag in Gräfenhainichen abgehaltene Bezirksversammlung war von 130 Mitgliedern besucht. Die Verhältnisse im Bezirke bezeichnete der Vorsitzende Kollege Frank aus Dessau als mit einzelnen Ausnahmen leidlich. Der Mitgliederstand hob sich von 185 auf jetzt 211. Ingesamt konditionieren zur Zeit 280 Gehilfen im Bezirke, ihnen gegenüber steht die stattliche Zahl von 105 Lehrlingen. Die Bezirkskasse nahm im vergangenen Jahr 465,30 Mk. ein und verausgabte 463,73 Mk. Kollege Rask aus Halle berichtete über die Ergebnisse der Tarifverhandlungen und kritisierte besonders das Verhalten der Prinzipale gegenüber den minimalen Forderungen der Gehilfenerschaft. Der Punkt rief, da sich die Versammlung mit einzelnen Beschlüssen der Prinzipals- und Gehilfenvertreter nicht einverstanden erklären konnte, eine längere lebhaftere Debatte hervor, nach welcher nachstehende Resolution angenommen wurde: „Die Bezirksversammlung spricht ihre Mißbilligung über die gefaßten Beschlüsse in der Leipziger Tarifberatung aus und kann keinesfalls einer Spaltung der Gehilfen zustimmen, wie sie durch den Paragrafen geschaffen wird, welcher bestimmt, daß die in Städten unter 20000 Einwohnern konditionierenden Kollegen nicht an der Verkürzung der Arbeitszeit partizipieren.“ (Ueber einen Auspruch von der Verkürzung der Arbeitszeit hat in jedem einzelnen Fall erst die Tarifkommission zu entscheiden. Red.) Ebenso fand die von den Gehilfenvertretern gefaßte Resolution mit dem Zusatz, „für strikte Einhaltung des Tarifs einzutreten“, die Zustimmung der Versammlung.

Essen. 21. April. Das gesamte Personal der Firma Friedrich Kitchner versammelte sich anläßlich des 70. Geburtstages des Begründers der Firma Herrn Friedrich Kitchner sen. am Montagabend im Hotel zum Preußischen Hofe zu einer Festlichkeit. Von seiten des Personals wurde dem Geburtstagskind eine geschmackvoll ausgestattete Adresse überreicht. Die Festlichkeit, an welcher sämtliche Mitglieder der Familie und ein Teil der auswärtigen Kundschaft teilnahm, währte bis gegen früh. Vor Beendigung der Festlichkeit gab der Vertreter der Firma, Herr Faktor Geier, die Erklärung ab, daß die von seiten der Gehilfen- und Prinzipalsvertreter in Leipzig vereinbarten Tarifbedingungen mit dem heutigen Tage für das Geschäft bewilligt seien. Wir wollen hoffen, daß diesem Beispiele sämtlich Essener Prinzipale baldigst folgen.

Esslingen. Am 18. April feierte die hiesige Mitgliedschaft das 50jährige Berufsjubiläum unferer Kollegen Heinrich Sandner. Außer fast sämtlichen Kollegen nahmen an dieser Feier auch der Chef sowie das Redaktions- und Kontorpersonal der Jungfernen Hofbuchdruckerei teil. Der Vertrauensmann gedachte in sprechenden Worten der stets bewiesenen treuen Kollegialität des Jubilars, welcher schon seit Gründung dem Verband angehört, und überreichte ihm als Angebinde im Namen seiner Kollegen eine Tafelkuchner. Weiter übergab derselbe im Auftrage des bayerischen Gewerkschaftsverbandes unter den herzlichsten Glückwünschen des Letztern dem Jubilant einen Regulator als Ehrengeschenk. Von seite des Chefs wurde dem Geheilten in Anerkennung seiner langjährigen, pflichtgetreuen Mitarbeiterchaft als Festgabe eine silberne Tafelkuchner sowie im Auftrage der Vorstandschaft des Deutschen Buchdruckervereins ein Geldgeschenk ausgedrückt. Namens des Redaktions- und Kontorpersonals übergab Redakteur Pläßer einen hübschen Becher mit eingravierter Widmung. Auch das Hilfspersonal gedachte des Jubilars durch Ueberreichung eines prachtvollen Bierglases in anerkennender Weise.

L. Frankfurt a. M., 21. April. Die auf heute einberufene allgemeine Buchdrucker-Versammlung, welche sich eines ausgezeichneten Besuchs erfreute, nahm zunächst den Bericht des Kollegen C. Dominé über die Verhandlungen des Tarifausschusses entgegen. Das Resultat sei nach den vorberichten Erwartungen gering die Gehilfenvertreter hätten alles darangesetzt, um die vollständigen Forderungen der Kollegen zu erreichen. Die gesamte Prinzipalsvertretung habe sich aber strikte ablehnend verhalten. Redner meinte, es sei immerhin ein Erfolg, daß der Widerstand gegen jede Verzögerung der Arbeitszeit seitens der Prinzipale gebrochen sei. Die Gehilfen könnten die Bewilligungen acceptieren und Redner erbat die Frankfurter Gehilfenschaft, sich der bereits im Corr. veröffentlichten Resolution der Gehilfenleitung anzuschließen. Er gab sodann noch die „famose“ Aufstellung der von den Prinzipalen durch die städtischen Behörden ermittelten Lebensverhältnisse von Frankfurt und Umgebung sowie Offenbach bekannt. Diefelben waren folgendermaßen festgesetzt: Mietpreis der Wohnung für eine Familie in Frankfurt 360 Mk., außerhalb der Stadt 250 Mk. Für gänzlichen Lebensunterhalt pro Woche sind 19,90 Mk. berechnet. Der Mietpreis in Rodenheim betrage 250 Mk. Für Offenbach wurden 18,76 Mk. pro Woche für zum Leben ausreichend befunden. (Die Versammlung konnte sich trotz des Ernstes der Sache eines schallenden Gelächters gegenüber diesem Monstrum von Statist, die aus der Luft gegriffen zu sein scheint und eminent unter der Thatsache steht, nicht erwidern.) Weiter erklärte Redner, daß die Offenbacher Prinzipale den Antrag stellten, den Lokalaufschlag von 17 1/2 auf 8 1/6 Proz. herabzusetzen, ebenso auch die Prinzipale von Rodenheim von 17 1/2 auf 10 Proz. Die Kollegen Ost und C. Dominé äußerten sich dahin, das Almosen, das uns die Prinzipale geben und welches wir doch auf eigene Kosten durchzuführen müßten, nicht anzunehmen, sondern die gesamten Forderungen in gütigster Zeit zu erkämpfen. Kollege Ost brachte eine diesbezügliche Resolution ein, welche aber abgelehnt wurde. Dasselbe Schicksal hatte auch eine solche des Kollegen Rödel, welche die Juridiktstellung der vom Referenten befürworteten Resolution der Gehilfenvertreter bis nach den Berliner Verhandlungen empfahl. Kollege Dorfsch und ebenso noch weitere Redner haben ebenfalls die Resolution unserer Vertreter angenommen; dieses geschah gegen 13 Stimmen. — Kollege Dorfsch referierte über die Maßfeier und ersuchte die Kollegen, sich allseitig an dieser zu beteiligen. Gleichzeitig erwähnte Redner aber auch die Tarifwichtigkeit der bisherigen Nichtbezahlung des Wai-feriertages in der Druckeret der hiesigen sozialdemokratischen Volkstimme. Eine solche Tarifuntergehung würde schließlich auch andere Prinzipale veranlassen durch Einführung der Stundenentlohnung sich ebenfalls um die Bezahlung von Feiertagen zu drücken. Die Versammlung nahm hierauf eine Resolution mit folgendem Wortlaut an: „Die heutige Versammlung erklärt in der achtstündigen Arbeitszeit das einzige Mittel, der immer mehr um sich greifenden Arbeitslosigkeit zu steuern. Zur würdigen Feier des 1. Mai erstreben wir deshalb die allgemeine Arbeitsruhe. Da aber deren Durchföhrung bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage zur Zeit nur einem kleinen Teile der Kollegen möglich ist, so empfiehlt die Versammlung, daß nur diejenigen Kollegen, die ohne Schädigung ihrer Interessen dazu im Stande sind, den 1. Mai neben den anderen Kundgebungen auch durch Arbeitsruhe feiern.“

W. München. In der Ortsvereinsversammlung vom 19. d. M. wurden zehn Kollegen aufgenommen und ein Mitglied ausgeschlossen. Die Versammlung hörte sodann den Bericht über den Ganttag und nahm das was von den Leipziger Tarifverhandlungen bekannt geworden war, zur Kenntnis. — Ein bedauerliches Vorwissen der letzten Zeit hatte den Ortsauschuß veranlaßt, das Johannistfest nochmals auf die Tagesordnung zu setzen, es der Mitgliedschaft anheimstellend, ob sie unter den obwaltenden Verhältnissen gelassen sei, ein solches Fest zu feiern. Nach langer Debatte entschied sich die Mehrzahl der Anwesenden von einigen eingelassenen Anträgen für denjenigen, wonach der Ortsverein von der Veranstaltung eines Johannistfestes absteht. Es bleibt dies somit den beiden hier bestehenden Vergnügungsvereinen Typographia und Gutenberg überlassen.

Strasburg i. E. In den Bericht über die hiesige Tarifbewegung in Nr. 45 hat sich ein sinnentstellender Sehfehler eingeschlichen, indem es nicht heißen sollte, acht Tage vor dem 22. Februar hatten die Leipziger Kollegen die denkwürdige Resolution beschlossen, sondern „am“ Tage vorher, wovon am 22. Februar hier noch nichts bekannt war. — Der in der Offizin Heiß & Mühlend infolge Tarifstreitigkeiten ausgebrochene Streik ist nach heftigstem Kampfe zu Gunsten der Gehilfen beigelegt worden. Trotz aller gemachten Anstrengungen gelang es der Firma nicht, von auswärtig passenden Ersatz zu beziehen und sie war deshalb genötigt, nachzugeben und den Tarif voll anzuerkennen. Damit wäre die hiesige Reanzunbewegung vollständig zu Erde geführt, in sämtlichen Druckereten wird jetzt einschl. der Drucker und fast sämtlicher Hilfsarbeiter neun Stunden gearbeitet. (Die Erzeugungsfähigkeit haben die letzteren hauptsächlich ihrer vor einem Jahr ins Leben getretenen Organisation und ihrem gleichzeitigen Handbündel mit den Gehilfen zu verdanken. Auch erhielten dieselben alle Lohnzulagen von 50 Pf. bis 1 Mk.). — Nachzutragen haben wir unsern letzten veröffentlichten Bericht noch, daß nicht nur das Minimum um 5 Proz. erhöht wurde, sondern, daß auch den über Minimum entlohnten Gehilfen je 1 Mk. zugelegt

wurde. Auch in puncto der Raufen ist zu erwähnen, daß diese offiziell zwar abgeschafft sind, gegen das Essen in der Offizin aber seitens der Prinzipale nichts eingewendet wird. Die fünfprozentige Erhöhung der Grundpositionen ist nur für Verträge zugefanden worden. Da die meisten hiesigen berechnenden Zeitungsetzer bisher sowieso fast nur eine neunstündige und noch weniger Arbeitszeit hatten, gaben sich dieselben mit der fünfprozentigen Erhöhung des Lokalaufschlages zufrieden, aus Furcht, ins gewisse Geld gefestigt zu werden, was die Prinzipale auch beabsichtigten. Besser wäre dies insofern gewesen, als dann mindestens zehn Kollegen Unterkommen gefunden hätten.

Stuttgart. Eine äußerst zahlreich besuchte Versammlung am Abende des 20. April nahm den Bericht des Gehilfendelegierten Kollegen Knie über die Tarifverhandlungen in Leipzig entgegen. Redner zeichnete ein klares Bild über die bei den dreitägigen Verhandlungen aufgetretenen Schwierigkeiten, von den Prinzipalen in betreff der Arbeitszeitverkürzung, der Hauptforderung der Gehilfenschaft, auch nur einigermaßen befristende Zugeständnisse zu erlangen. Nach Lage der Sache sei absolut nicht mehr zu erreichen gewesen, als das den Gehilfen vorliegende Ergebnis, welches jedoch schon aus dem Grunde nicht von der Hand geworfen werden sollte, als nun endlich einmal das Prinzip des zehnstündigen Arbeitstages durchbrochen worden sei. Kollege Knie empfahl nach seinem ausführlichen Referate die von der gesamten Gehilfenleitung in Leipzig festgestellte Resolution unter allgemeinem Beifall zur Annahme. In der nachfolgenden Diskussion sprachen die Kollegen Raff und Bäldeck vom Standpunkte der Maschinenmeister ihre schärfste Mißbilligung bezüglich der für die letzteren zugelassenen Ausnahmestimmungen aus und forderten die Ablehnung der Resolution bezw. der mit den Prinzipalen vereinbarten Propositionen, während Kollege Hildenbrand keinen Grund zur Ablehnung finden kann, da die definitive Stellungnahme der Gehilfen erst nach der gesamten Tarifberatung erfolgen könne; es sei im übrigen jetzt die beste Gelegenheit, das Hilfspersonal über seine Interessen in Kenntnis zu setzen, um zu verhindern, daß es sich als Hemmschuh für die Maschinenmeister erweise. Kollege Wendler, für die Resolution eintretend, sprach sich gegenüber den Ausnahmestimmungen für die Maschinenmeister, die ja materiell keine Benachteiligung gegenüber den Sezemern zu bedeuten haben, dahin aus, daß in der Praxis derartige Bestimmungen sich als die Dauer und durchführbar erweisen würden, sofern überhaupt von denselben Gebrauch gemacht werde. Diesen Darlegungen schloß sich ein weiterer Redner an, der im besondern noch den wenn auch kleinen Erfolg hervorhob, welchen der Verband erlangen habe und welcher deshalb schon nicht unterschätzt werden dürfe, weil er alle die pessimistischen Folgerungen aus der Niederlage von 1891/92 rein über den Haufen werfe und insbesondere die in den Prinzipalstreifen herrschende und noch in der Reuzjahresberathung von Herrn Baensch-Druggant wiedergegebene Auffassung, daß der Verband als Tarifkontrahent gar nicht in Frage komme, gründlich ad absurdum führe. In seinem Schlußworte verteidigte Kollege Knie gegenüber den beiden Gegnern der Abmachungen in meisterhafter Rede die Haltung der Gehilfendelegierten, die ihre ganze Energie für die Forderungen einsetzten. Er sei überzeugt, daß die Vorwürfe der Kollegenschaft noch viel größer sein würden, wenn sie das nach hartnäckigem Widerstand Erreichte fallen gelassen hätten und mit leeren Händen heimgekommen wären. Lebhafter Beifall folgte seinen Ausführungen. Die von der Gehilfenleitung aufgestellte Resolution wurde mit allen gegen acht Stimmen angenommen, bezuglich ein Hulag, welcher die Erwartung auspricht, daß die Prinzipale Stuttgart von den Ausnahmestimmungen keinen Gebrauch machen würden, so daß Sezemern und Druckern eine einheitlich geregelte Arbeitszeit gewahrt bleibe. Mit einem kräftigen Appell an die 700 bis 800 Anwesenden schloß hierauf der Vorsitzende, Kollege Schröber, die Versammlung.

E. Brüssel. Am 16. d. M. hielt der hiesige Sezerverein eine stündliche Versammlung ab. Die besiglichen Kamern, die sich seit Jahren mit der Arbeiterfrage beschäftigen, berieten im Besolge dessen auch eine Strafordnung für Fabriken und Werkstätten mit Ausschluß der Staatswerkstätten. Die Arbeiter waren im allgemeinen zufrieden mit dem Reglement, erklärten sich aber entschieden gegen die vorgesehene Geldbuße, worin sie nicht mit Unrecht eine Lohnbeeinträchtigung erblickten. Der Sezerbund marschierte an der Spitze dieser Opposition. Auch der Sekretär des Bundes, Moisset, hatte sich in der Kammer, deren Mitglied er ist, mit mehreren anderen Kollegen strikte gegen die Bußen ausgesprochen, war aber schließlich umgefallen und beantragte, daß anstatt ein Drittel höchstens ein Fünftel des Tagesverdienstes für Strafen einbehalten werden dürfe. Das war die Veranlassung der Versammlung, deren lange Redebeschlachten sogar den Antrag auf Ausschluß zeitigten. Die Versammlung erkannte aber schließlich auf „Blamé“, wonach die davon betroffene Person auf ein Jahr alle Rechte verliert und keine Vereinsthunktion erfüllen kann. Moisset demissionierte dann auch sofort. — Am 20. d. M. fand ein großes Meeting statt, worin die Regierung getadelt und die Geldbuße als ungesetzlich verworfen wurde. Ähnliche Versammlungen sollen in gleicher Angelegenheit für das ganze Land veranstaltet und die Kammer mit Petitionen beschickt werden. Auf den Verlauf der Sache ist man hier sehr gespannt.

Die Zeitschrift f. D. B. behandelt die Ergebnisse der Tarifberatung und rechnet dabei eine Erhöhung der Produktionskosten heraus, die wir nicht für richtig halten, die im einzelnen anzusehen wir aber auch kein besonderes Interesse haben. Sie bestätigt sodann mit klaren Worten, wie angemessen die Haltung der Gehilfenschaft in den letzten Jahren war, um ihr Ziel zu erreichen, indem sie schreibt: „Der Annahme der Verkürzung der Arbeitszeit selbst konnten sich die Vertreter der Prinzipalität nicht mehr entziehen, wollten sie die zum Beibehalten erforderliche Ruhe des Gewerbes nicht aufs Spiel setzen und die Schaffung eines guten Verhältnisses zwischen Prinzipalität und Gehilfenschaft nicht zum Nachteile des Gewerbes ad calendas graecas vertragen. Hoffentlich verschließen sich auch die Buchdruckerbetreiber Deutschlands nicht dieser Einsicht, sondern folgen hierin ihren überreichen Kollegen.“ Der Anerkennung der neuen Tarifvereinbarungen redet das Prinzipalblatt folgendermaßen das Wort: „Es wird nun an den Prinzipalen und Gehilfen sein, zu dem, was ihre Vertreter beschlossen haben, ihre Zustimmung zu erteilen. Wohl wird es auf beiden Seiten viele geben, die von den Leipziger Beschlüssen nicht befriedigt sind; aber wir hoffen trotzdem, daß die Ansicht, namentlich auf Prinzipalseite, durchdringt, daß die beiderseitigen Tarifvertreter ihren Aufträgen entsprochen haben, soweit das möglich war, daß ein magerer Vergleich dem festgesetzten Projekte vorzuziehen, daß das friedliche Miteinanderauskommen von Prinzipalchaft und Gehilfenschaft sowie das Zusammenwirken beider im Interesse des Gewerbes von größerem Wert und daß aus all diesen Gründen die Leipziger Beschlüsse anerkannt werden und damit die Bedingung für einen neuen Tarif und ein neues gesundes Tarifverhältnis der Prinzipalität zur Gehilfenschaft gegeben wird.“

Nicht überall in Prinzipalstreifen scheint man den in Leipzig bei den Tarifverhandlungen getroffenen Abmachungen, das Koalitionsrecht der Gehilfen zu achten und die neuen Bestimmungen des Tarifs in Frieden einföhren zu wollen. Das Woldauer Tageblatt sucht für den 10. Mai, also kurz vor dem Einschüßungsstermine des neuen Tarifs, tüchtige Nichtverhandler! Hoffentlich legt sich hier die Prinzipalsetzung ins Mittel, damit haben ebenso wie drüben die getroffenen Vereinbarungen respektiert und der Gehilfenschaft nicht neuerdings das Vertrauen an ein ferneres gedeihliches Zusammenwirken geschmälert wird.

Die seit 1858 bestehende Messingstintensabrik F. Vertbold in Berlin wurde 1893 mit der Schriftgießerei von Gust. Reinhold vereinigt und in eine Kommanditgesellschaft, jetzt Aktiengesellschaft, mit einem Aktienkapitale von 2.200.000 Mark umgewandelt. Die neue Gesellschaft übernimmt Grundstücke und Gebäude zu 1,03, Maschinen usw. in Berlin zu 0,56, Waren in Berlin zu 0,31, die Anlagen und Borräte der Petersburger Filiale zu 0,40 Millionen Mark. Diese Aktien von zusammen 2,97 Mill. Mark werden mit 2,20 Mill. Mark Aktien, mit 0,70 Mill. Mark Hypothek bezahlt, der Rest entfällt auf Kreditoren. Der Umsatz stieg von 1893 zu 1894 um 74.000, von 1894 (Vereinigung mit der Schriftgießerei) zu 1895 (Errichtung der Petersburger Filiale) um 259.000 Mk. Im Jahr 1895 stieg der Gewinn von 193.000 Mk. auf 308.000 Mk. Aus künftigen Ueberschüssen sollen 5 Proz. der Reserve, 6 Proz. des Gesamtertrages dem Aufsichtsrat und eventuell 10 Proz. einem Spezialreservefonds überwiesen werden, welcher zur Deckung von Verlusten und eventuell zur Verstärkung der Dividenden bis zu 6 Proz. dienen soll, jedoch nicht über 20 Proz. des Grundkapitals betragen darf. Angenehm solcher Ziffern kann der kleine Produzent nichts besseres thun als sein Krümchen zusammenzupacken und Aktionär zu werden.

Das Zeugnis Zwangsverfahren gegen das halleische Volkstheater (s. Nr. 40 des Corr.) hat seinen Fortgang. Nach abgewiesener Beschwerde gegen die Beurteilung zu Geldstrafen haben zwei Sezer den Zeugnisd geleistet, betreffs des dritten steht die Antwort auf die Beschwerde noch aus, gegen Verleger, Geschäftsföhrer, einen Berichterstatter und zwei Redakteure wurde die Zwangshaft ausgesprochen, aber noch nicht verhängt.

Verurteilt der Redakteur der Solinger Arbeiterstimme zu 150 Mk. wegen Beleidigung des dortigen Oberbürgermeisters. Die Staatsanwaltschaft hatte das Vergehen auf vier Monate Gefängnis taxiert. Der Redakteur der Pfälz. Post zu einem Monate Gefängnis wegen Beleidigung der Direktionsräte der Pfälz. Eisenbahnen. Der Redakteur Fein von Lübecker Volkstheater zu vierzehn Tagen wegen Beleidigung eines Schupmannes. Der Mühlhauser Korrespondent der Mannheimer Volksstimme, Schriftsteller Martin, und der Redakteur dieses Blattes Kehler ersterer zu einem Jahre, letzterer zu sechs Monaten Gefängnis wegen Beleidigung. Beantragt waren nur zwei Monate bezw. 300 Mk. In dem betreffenden Artikel waren zwei Nachwächter der Beleidigung beschuldigt worden. — Ein Artikel über das Vergnügungsrecht war nach Ansicht der Berliner Strafammer durchaus objektiv gehalten, der Kritik über dieses Thema noch engere Grenzen zu ziehen als sie der Artikel innehatte, das würde zu weit gegangen sein. Es erfolgte Freisprechung des Verfassers. Im Gegenjause hierzu war der Herausgeber einer Leitartikel-Korrespondenz, welcher den Artikel in diese aufgenommen, von der Düsseldorf Strafkammer zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil der Verfasser keine objektive

Kritik des Begnadigungsrechtes an sich, sondern eine abfällige Kritik der Handhabung dieses Rechtes habe liefern wollen und die Berliner Staatsanwaltschaft hatte für den Verfasser ebenfalls drei Monate Gefängnis beantragt. Eine ganze Reihe von Blättern, welche den Artikel abgedruckt, blieb unbeantwortet.

Mit Beschlag belegt wurde in Berlin die in Wien erscheinende Mal-Festzeitung. Man will darin Majestäts- und Richterbeleidigung und Aufreizung zum Klassenhass gefunden haben.

Die Angabe hoher Auflagen, die meistens nur auf dem Wunschzettel der betreffenden Verleger stehen, gehört zu den berechtigten Eigentümlichkeiten der Presse. Den Vogel hat in dieser Beziehung die Deutsche Warte abgeschossen, sie hatte nach ihrer Angabe am 13. April morgens eine „verbürgte“ Abonnentenzahl von 40000, am Abend desselben Tages bereits 50000! In zwölf Stunden eine Zunahme von 10000 Abonnenten — das ist großartig!

Die Kosten des letzten Budapest Streiks beliefen sich laut Abrechnung einschließlich von 5685 fl. für Ausgesperrte auf 48988 fl. Davon wurden 12553 fl. durch Sammlungen am Ort aufgebracht. Von dem übrigen Ungarn gingen 620 fl. ein, aus Oesterreich einschließlich Böhmen 22800, aus Deutschland 8981, Elsaß-Lothringen 178, der deutschen Schweiz 1061, der französischen 97, Frankreich 2700, Holland 75 und aus Spanien 30 fl.

In London, wo augenblicklich die Dinge in der Buchdruckerwelt einen „friedlichen“ Verlauf anzunehmen scheinen, boykotteten die Kollegen die täglich erscheinende Zeitung The Morning, welche in einer Serie von Zeitartikeln den Effekt und Habbestand des Konfliktes abzuwägen versucht. An allen Ecken und Enden Londons kann man die von der organisierten Gewerkschaft aufgesteckten Zettel sehen, welche folgenden Inhalt haben: The Morning is now produced by Non-Union Labour, the Proprietors having locked-out the Union Compositors. Von den bedeutenderen Tagesblättern enthalten noch die Times, Globe und The Sportsman ihren Arbeitern Bezahlung nach dem Tarife vor.

Lebensliches Leben, Sozialreform, Volkswirtschaft.
Die Verordnung des Bundesrates über die Arbeitszeit in Bäckereien hat auf Veranlassung der konservativen Partei im Reichstag ein Wettkampfen um die Gunst der Bäckereiwirtschaft stattgefunden, an dem sich nahezu fast alle Parteien beteiligten. Minister v. Boetticher verteidigte die Verordnung. Die Zustände in den Bäckereien seien teilweise haarsträubend, die Arbeitszeit in einzelnen Bäckereien betrage über 18 Stunden usw. Minister v. Berlepsch glaubte besonders betonen zu müssen, daß es sich nicht um einen Anfang zur Einführung des allgemeinen Maximalarbeitsgesetzes handle — die tropdem sich nötig machen wird. Der freisinnige Richter und Graf Bismarck waren darin einig, daß das Borgehen eine Verbodnung sei, die Unzufriedenheit in das „Voll“ trage. Nachdem der Minister v. Berlepsch den konservativen Herren vorgeworfen, daß sie 1891 ganz anders gedacht als heute und ihnen zugestimmt, daß es mit der

Aufstellung von schönen Paragraphen und dem Halten von schönen Reden nicht gethan sei, das Beschlossene und Gesagte müsse auch ausgeführt werden, wurde der Organstand verlassen. Wo es sich um den Schutz von Arbeitern handelt, da sind die Herren nicht zu haben, im günstigsten Falle stimmen sie für ein Gesetz in der Hoffnung, daß dasselbe nicht ausgeführt wird.

Die staatliche Arbeiterversicherung hatte am Schlusse des Jahres 1894 ein Vermögen von über 511 1/2 Millionen Mark. Davon entfallen auf die Krankenkassen 94305642, auf die Berufsgenossenschaften 113643514 74, auf die Invaliditäts- und Altersversicherung 303570969 71 Mark. Der Gesamtvermögensstand wird im vorigen Jahre noch um ein Erkleckliches gestiegen sein und zwar hauptsächlich bei der Invaliditäts- und Altersversicherung, da die beiden erlernten Versicherungsarten nur bis zu dem gesetzlichen Reservefonds ansammeln, der bei den Krankenkassen Ende 1894 bereits 83,3 Millionen Mark betrug, während er 94,3 Millionen betragen sollte.

Arbeiterbewegung.

Angesichts des bevorstehenden Deutschen Sängertages in Stuttgart richtet die dortige Boykottkommission an alle Sänger die Frage, ob sie gewillt seien, in der wegen weitgehender Vergabe zur Waisener bereits vor sechs Jahren boykottierten Lieberhalle mitzuwirken? Zahlreiche einheimische Vereine, darunter der zweitgrößte und leistungsfähigste, der Guttenberg, hätten nach sechsfachem Einigungsversuchen ihre Teilnahme abgelehnt. Dieserhalb erwartet die Kommission namentlich von allen übrigen Arbeitervereinen ein gleiches Verhalten, wenn nicht der über das Festival verfügende Stuttgarter Niedertranz seine arbeitergegnere Stellung ändere. Für unsere Kollegengangsvereine bedarf es sicher nur dieses Hinweises.

Der Berliner Streikbewegung schlossen sich nunmehr auch die Mechaniker und die Schuhmacher (Schuharbeiter) an. Erstere verlangen 24 Mk. Minimallohn, neunfünfundig Arbeitszeit und 25 Proz. Lohnaufschlag, letztere nur Lohnerböschung und Wartezeit mit 50 Pf. pro Stunde bezahlt. Sonntags- und Nachtarbeit sollen ganz verweigert werden. Auf dem Ausstellungsplatz in Treptow legten abermals 90 Zimmerer wegen Differenzen mit vier unorganisierten Berufsge nossen die Arbeit nieder. Auch in Rixdorf streiken die Schuhmacher. In Rathenow über 100 Brillen- und Binocenzmacher, um ihre durch Einführung der Hausindustrie in den letzten Jahren furchtbar beniedrigten Löhne etwas zu verbessern. In Schwelm legten 60 Mädchen einer Holzschraubenfabrik, Lohnerböschung fordern die Arbeit nieder, während die Männer weiterarbeiten. In Halle a. S. streiken die Töpfer derjenigen Meister, welche den Tarif nicht bezahlten, in Landsberg a. W. die Drochsenkutscher, wegen einer ihnen nicht behagenden neuen Polizeiverordnung, in Nürnberg die Maurer und in München fast sämtliche Böttcher, eine Verbesserung des Arbeitsverhältnisses fordernd. Der Zustand der Kaffeeseerinnen in Altona wurde durch Vergleich beendet, desgleichen ein in Erlangen ausgebrochener Streik der Kammmacher. Die Dresdener Maurer setzten ihre Forderungen glänzend durch, desgleichen die Waler in Stuttgart.

Briefkasten.

©. in Böhmed: 25 Pf. — ©. in München: Prompt besorgt, über Verbleib können wir keine Auskunft geben.
Wir bitten wiederholt an die Geschäftsstelle (Max Schmitz) nachfolgende Beträge umgehend einzuzenden: Nachen 0,40 Mk., Augsburg 0,70, Bremen 2,60, Chemnitz 2,20, Düsseldorf (mit Abzug) 4,90, Westermünde-Bremenhaven 3, Kassel 0,70, Koburg 4,75, Köln 4,50, Köthen 0,70, Lubwischhafen 4, Magdeburg 1,10, Münster 1,20, Nürnberg 0,70, Plauen i. B. 0,70, Saarbrücken 0,90, Straßburg 12, Ct. in Berlin 3,05, ©. in Effen 3 Mk.

Verbandsnachrichten.

Bezirk Karlsruhe. Vom 23. April ab befindet sich die Wohnung des Bezirkskassierers Kaiserstr. 13, IV.

Wpolda. Die Wohnung des Vorsitzenden Friedrich Klau befindet sich jetzt Weimarerstraße 42 I.

Magdeburg. In der Druckerei von Gust. Francke wird schon seit längerer Zeit der Lohn unregelmäßig gezahlt und die Gehilfen verlassen häufig, wenn sich die rückständige Lohnforderung ziemlich hoch summiert hat, die Kondition, um durch ein Urteil des Gewerbegerichtes zu ihrem Rechte zu kommen. In letzter Zeit hat es sich aber ergeben, daß selbst mit einem Erkenntnis des Gewerbegerichtes schwer etwas zu erhalten ist, weil sämtliche pfändbaren Objekte nicht mehr Eigentum der Firmeninhaber sind. Dies den Kollegen zur Nachricht.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu senden):

In Frankfurt a. M. 1. der Sieher Ph. Jakob Schweizer, geb. in Basel 1857, ausgl. das. 1875; war schon Mitglied; 2. der Seper Adolf Flemming, geb. in Frankfurt a. M. 1877, ausgl. das. 1896; war noch nicht Mitglied. — L. Dorich, Fürgerstraße 12.

In St. Johann (Saar) die Seper 1. Franz Herrig, geb. in Trier 1871, ausgl. das. 1889; war schon Mitglied; 2. Joh. Bapt. Lont, geb. in Trier 1857, ausgl. in Wittlich 1875; war noch nicht Mitglied. — In Saarburg (bei Trier) der Seper Wilhelm Schiel, geb. in Dudroth (Pfalz) 1877, ausgl. in Sobornheim 1894; war noch nicht Mitglied. — C. Madenach in Saarbrücken, Meyer Straße 17.

In Barel der Bruder Karl Mayer, geb. in Worms 1877, ausgl. das. 1894; war noch nicht Mitglied. — H. Wichmann in Oldenburg, 3. Egnernstraße 8.

Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung.

Oldenburg. Von dem zuletzt in Verne konditionierenden Seper Arnold Felens (Mittelheim 971) sind durch ein Versehen des Vertrauensmannes zwei Wochenbeiträge à 1,30 Mk. zu wenig eingezogen. Die Herren Verwalter werden freundlichst gebeten, B. den Betrag von 2,60 Mk. abzugeben und an Aug. Barr, Bürgereckstraße 18, einzuzenden.

Dreizehntens Seite 25 Bl., Stellen-Angebote, Gesuche und Verordn. Auslagen bei direkter Zeichnung 10 Bl.

Anzeigen.

Belegnummern 5 Bl. — Betrag bei Ausgabe zu entrichten. Offerten ist Zeitmarke zur Weiterbeförderung beizufügen.

Buchdruckerei-Verkauf.

In einer kleinen Stadt Mitteldeutschens mit Amtsgericht, Fabriken usw. ist wegen **Krankheit des Besitzers** eine mit modernem Materiale neu eingerichtete **Buchdruckerei mit Schnellpresse billig zu verkaufen**. Auf Wunsch werden Teilzahlungen gestattet. Anfragen befordert die Geschäftsstelle d. Bl. unter Chiffre V. 1528. [551]

Wegen Krankheit will ich meine **Steindruckerei** in großer Handelsstadt Mitteldeutschlands (1000 Steine mit lauf. Arbeiten) 1 Schneidemasch., 2 Handpressen usw. für **3000 Mk.** bei der Hälfte Anzahlg. verk. Offerten unter Nr. 30 an **G. G. Rengert, Dresden**, erbeten. [560]

Meine **flotgehende Druckerei** mit guter Einrichtung, Maschinen, Schriften usw. sehr erweiterungsfähig, in angen. Mittelstadt Westdeutschlands für **12000 Mk.** bei **6000 Mk.** Anzahlung und 4000 Mk. Reingewinn zu verkaufen. Offerten unter Nr. 38 an **G. G. Rengert, Dresden**, erbeten. [559]

Teilhaber für Buchdruckerei

gesucht, erwünscht ist **tüchtiger Accidenzsetzer**, erforderliches Kapital 1000 bis 5000 Mk. Offerten unter Nr. 565 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Tüchtiger Sezer

Bereitsmitglied, wird für Lokalblatt (viele Annoncen) mit Einl. von 2000 bis 5000 Mk. als **Teilhaber** gesucht. Offerten unter Nr. 557 an die Geschäftsst. d. Bl.

Tüchtiger Accidenzsetzer

(Richtung der Typogr. Jahrbücher) gesucht. Offerten mit den nötigen Angaben beliebe man unter G. D. 121 an **Invalidentank, Dresden**, einzufenden. [564]

Gießer für Haerliche Maschinen finden sofort Beschäftigung.

Berlin-Schöneberg, Belgier Straße 61. [479]

In allen Arbeiten tüchtiger erster Maschinenmeister

für Anfang Juni gesucht. Offerten mit Zeugnisabschr. und Gehaltsanpruchsangabe unter A. G. 550 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Tüchtiger Schriftgießer

der auf französischer Kompletmaschine gut eingearbeitet ist und tüchtiger

Galvanoplastiker und Stereotypen

selbständiger Arbeiter, finden dauernde Beschäftigung bei der

Ersten Ungar. Schriftgießerei-Aktien-Gesellschaft. Budapest, VI, Döbessingasse 32.

Gesucht ein möglichst junger Matrizen-Justierer

welcher tüchtiges leistet, zu dauernder Stellung. Angebote erbittet

E. Kramer [558]
Berlin S.W., Gitschinerstraße 12/13.

Tüchtige Schriftgießer

werden von einer größeren Leipziger Schriftg. hier gesucht. Offerten mit Zeugnisabschriften sind unter Nr. 563 an die Geschäftsstelle d. Bl. zu senden.

Schriftsetzer

in allen Sprachen firm (am liebsten als Wert- oder Tabellensetzer), sucht sofort oder später Kondition. Werte Offerten mit Gehaltsangabe erbeten an **Georg Köhler**, Ruhrort a. Rh., Karlsruferstraße 31. [561]

Maschinenmeisterverein Hamburg-Altona. Buchdrucker.

Sonnabend den 2. Mai, abends 9 1/4 Uhr, **Versammlung**

Leipzig, Stadt Hannover

Verkehrshaus der Leipziger Buchdrucker.

Guter bürgerl. Mittagstisch 40 Pf., Abendspeisen nach Auswahl 30 bis 50 Pf. f. Lagerbier 2 Glas 25 Pf., echt Kulmbacher 15 Pf. Wihl. Spieß, Seeburgstr. 3/5. [92]

Graphischer Anzeiger Halle a S

Zusendung gratis franco. Enthält stets Neuheiten u. Farben-Wappen- u. technischen Artikeln. Fach-Literatur. [845]

Richard Härtel, Leipzig-N.

Buchhandlung für Buch- u. Steindruckerei (Verlag des Graph. Anzeigers), Kollnsweg. Fernschreibungs-Vertrieb von Webers Compositoren und Beutmanns Winkelreihen für Schräglag. Anleitung zum Illustrationsdruck von Friedr. Drechselt. Preis 1,20 Mk.

Inhalt: Geschichtliche Einleitung. Von den Maschinen. Von dem Papier im allgemeinen. Neusten und Selteneren. Herstellung u. Behandlung der Wägen. Von der Farbe. Justieren und Einleichen der Illustrationsformen. Druckschreibungslehre. Zurückführung: Voraussetzungen; Kraftverteilung; Nachausgleichung.

Anleitung zur Benutzung des Vereins- und Versammlungs-Verzeichnisses. Genehmigt von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. 85 Pf.

Kühnert's Universal-Compositoren-Exzision, neueste Ausgabe (Ende 1895), 876 belegte Seiten mit 2863 Abbildungen und 455 farbigen Illustrationen, solid gebunden, bietet der Inhalt vielbändiger Verlage in einem handlichen Bande. Preis 8,50 Mk. franco.

Kühnert's Weltprachen-Exzision, Deutsch-englisch-französisch-italienisch-lateinisch. Mit einem illustrierten Verzeichnis geogr. und botanischen Namen, einer Sammlung gebräuchlicher Worte, Centonen usw. Abhandlung über Geschichte und Eigenart der Sprachen, Verzeichnis der in den verschiedenen Sprachen gebräuchlicher Redensarten sowie einem Fremdwörterbuche. 3,60 Mk. franco.